

Antworten der österreichweit zum Nationalrat 2019 kandidierenden Parteien auf die Fragen der überparteilichen Schul- und Bildungs-Vereine & -Initiativen:

“Schulautonomie Monitoring Österreich” / “Initiative Bildung Grenzenlos” / “Nicht über die Köpfe unserer Kinder hinweg” / „cooperatives offenes lernen COOL“
“Bundesverband Medienbildung” / „Österreichische Lehrer*innen Initiative ÖLI-UG“ / “Österreichische Janusz Korczak-Gesellschaft” / „freinet gruppe wien“

Hinweis zum Layout bei der Zusammenstellung der erhaltenen Antworten:

Im Sinne einer guten Lesbarkeit und Übersichtlichkeit wurden die verschiedenen Antworten bei der jeweiligen Frage gebündelt. Die unterschiedliche Breite der farbigen Balken stellt hierbei keine inhaltliche Bewertung dar und ist auch nicht Hochrechnungen über das voraussichtliche Abschneiden bei der Nationalratswahl geschuldet, sondern resultiert aus den sehr unterschiedlichen Textlängen bei den Antworten der Parteien. Wir haben keine Kürzungen bei den erhaltenen Originalantworten vorgenommen. Vereinheitlicht wurde die Formatierung, korrigiert wurden nur offensichtliche grammatikalische oder orthographische Fehler. Die Spalte KPÖ fehlt in Ermangelung erhaltener Antworten.

Vielen Dank an alle Antwortgeber*innen in dichter Vorwahlzeit – mögen sich die interessierten Menschen selbst ein Bild machen und eine Meinung bilden! VOR und NACH der Wahl! Unsere Initiativen bleiben dran!

Für die Zusammenfassung verantwortlich: josef.reichmayr@schaumonito.at

22. 9. 2019

Zwei Lehrer*innen für jede größere Volksschulklasse

Welchen Stellenwert hat diese Forderung für Ihre Partei, wenn Sie nach der Wahl in Regierungsverantwortung kommen:

Vordringliche schulpolitische Maßnahme **Unterstützenswert** **Nicht so dringend** **Dagegen**

ÖVP	SPÖ	FPÖ	NEOS	JETZT	GRÜNE	WANDEL
<p>---</p> <p><i>(Nichts angekreuzt, dafür verbaler Kommentar)</i></p> <p>„Wir wollen die beste Bildung für alle Kinder von Anfang an. Dazu braucht es geeignete Rahmenbedingungen, qualifiziertes Personal und eine gute Bildungspartnerschaft an den Schulen. Im Schulsystem geht es nicht darum stets nur ein Mehr an Personal zu investieren, sondern vielmehr braucht es den bedarfsorientierten und gezielten Einsatz von Ressourcen. Schulen, die besondere Herausforderungen haben, sollen auch entsprechende Ressourcen erhalten. Eine generelle Regelung für alle Volksschulen würde die Autonomie hingegen beschränken.“</p>	<p><input checked="" type="checkbox"/></p> <p>Vordringliche schulpolitische Maßnahme</p>	<p>---</p> <p><i>(Nichts angekreuzt, dafür verbaler Kommentar)</i></p> <p>„Das muss von Fall zu Fall entschieden werden, und ist in der Schulautonomie zu regeln.“</p>	<p><input checked="" type="checkbox"/></p> <p>Unterstützenswert</p>	<p><input checked="" type="checkbox"/></p> <p>Unterstützenswert</p>	<p><input checked="" type="checkbox"/></p> <p>Vordringliche schulpolitische Maßnahme</p>	<p><input checked="" type="checkbox"/></p> <p>Vordringliche schulpolitische Maßnahme</p>

Schulautonomie: mehr – weniger – unter welchen Prämissen?

Ab dem Schuljahr 2024/25 laufen auch die jetzt schon stark reduzierten Schulversuche endgültig aus. Unter welchen Rahmenbedingungen soll aus Sicht Ihrer Partei danach Schulentwicklung stattfinden und wie ist in der kommenden Legislaturperiode dafür politisch vorzubauen?

Welchen Stellenwert hat der unter der SPÖ-ÖVP-Regierung zögerlich begonnene, unter der ÖVP-FPÖ-Regierung teilweise wieder rückgängig gemachte Prozess Richtung Schulautonomie für Ihre Partei?

Unterstützt Ihre Partei eine breit angelegte, professionelle, externe Begleitung des Schulautonomie-Prozesses, um insbesondere die konkreten Umsetzungsprobleme aus der Sicht der Praktiker*innen (Schulleiter*innen, Pädagog*innen, Schüler*innen, Eltern) wahrzunehmen und bei weiteren politischen Maßnahmen berücksichtigen zu können?

Nimmt Ihre Partei in Kauf, dass im Falle weitergehender autonomer Gestaltungsräume für die einzelnen Schulstandorte das jetzt schon während der Pflichtschuljahre in verschiedene Schultypen gesplittete, im großstädtischen Raum zusehends nach sozialer Herkunft differenzierende staatliche Bildungssystem sich weiter auseinander entwickelt ODER würden Sie aktiv gegensteuern, und wenn ja: WIE?

ÖVP	SPÖ	FPÖ	NEOS	JETZT	GRÜNE	WANDEL
<p>Wir bekennen uns klar zur Autonomie der Schulen und wollen diese stärken. Dies wurde auch im Regierungsprogramm der vorherigen Bundesregierung verankert: Der Staat hat die Rahmenbedingungen, die Finanzierung, die grundlegenden Ziele des Bildungssystems und die Schulaufsicht festzulegen. Alles Weitere soll schulautonom und unter Bedachtnahme der regionalen Gegebenheiten geregelt werden können. Mehr Schulautonomie soll auch eine stärkere Einbindung der Eltern und Schüler in schulische Entscheidungsabläufe ermöglichen. Eine ganz besondere Bedeutung soll dabei auch den Lehrerinnen und Lehrern zukommen.</p>	<p>Mit dem 2017 beschlossenen Autonomiepaket ist ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Schulautonomie gelungen, mit dem den verschiedenen Anforderungen und Bedürfnissen der Kinder und Schulstandorte Rechnung getragen wird. Letzteren wurde der nötige Gestaltungsspielraum durch pädagogische, organisatorische und personelle Freiräume ermöglicht. Diese Reform gilt es jetzt in die Fläche zu bringen und wirken zu lassen, um Schritt für Schritt für weitere Spielräume zu sorgen.</p> <p>Gleichzeitig braucht es aber auch weiterhin eine bundesweite Steuerung der pädagogischen Zielsetzungen durch das Bildungsministerium. Das erlaubt die umfassende Koordination des Bildungswesens und die bessere Abstimmung zwischen den Schnittstellen sowie die Entwicklung der elementarpädagogischen Einrichtungen als erste Bildungsorte. Die PädagogInnen in Bildungseinrichtungen benötigen aber auch die Freiheit, den Unterricht und das Schulleben nach den Bedürfnissen vor Ort zu gestalten. Die Autonomie in den Bildungseinrichtungen ist die Basis erfolgreicher Pädagogik und muss durch eine klare äußere Struktur und entsprechende Zuständigkeiten abgesichert sein. Für uns ist daher auch klar, dass die Schulentwicklung durch die Schulaufsicht sowie extern begleitet wird. Im Rahmen des Bildungsreformgesetzes wurde auch eine klare Regelung zur Absicherung und Ermöglichung von Schulversuchen geschaffen. Ziel ist es, Schulversuche nach positiver Evaluierung ins Regelsystem überzuführen. Erfolgreiche Modelle und Dinge, die sich bewährt haben, sollen jedenfalls bestehen bleiben und in die Fläche gebracht werden. Es braucht daher auch weiterhin Schulversuche. Sie waren in der Vergangenheit wichtige Bestandteile, um fortschrittliche und moderne Pädagogik im österreichischen Schulsystem zu verankern. Das soll auch in Zukunft so sein.</p>	<p>Der Staat hat die Rahmenbedingungen, die Finanzierung, die grundlegenden Ziele des Bildungssystems und die Schulaufsicht festzulegen. Alles Weitere ist schulautonom zu regeln. Mehr Schulautonomie soll eine stärkere Einbindung der Eltern in schulische Entscheidungsabläufe ermöglichen. Dass die ÖVP-FPÖ Regierung diese teilweise wieder rückgängig gemacht hätte ist unrichtig.</p>	<p>Wer mündige Menschen will, braucht eine mündige Schule. Dabei soll sich die Politik darauf konzentrieren, verlässliche rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen sicherzustellen und den Schulleitungen sowie den Pädagoginnen und Pädagogen die Freiheit und Verantwortung zur Umsetzung und Gestaltung geben. Schulreform und Schulentwicklung geschieht somit permanent und täglich „von unten“.</p> <p>NEOS stehen absolut für mehr Schulautonomie -> Mittelfristig fordern wir hierfür ein mutiges und weitreichendes (pädagogisch, personell, finanziell) Vollautonomie-modell, das jedoch den Schulen nicht aufgezwungen, sondern mittels freiwilligem Opt-in zugänglich gemacht werden soll. Wir streben zudem ein neues, einfaches, umfassendes Schulgesetz an, das für vollautonome Schulen alle bisherigen Schulgesetze ablöst.</p> <p><i>(Unterstützt Ihre Partei eine breit angelegte, professionelle, externe Begleitung des Schulautonomie-Prozesses...)</i></p> <p>Ja, unbedingt. NEOS stehen für Partizipation und</p>	<p>Wir fordern eine Stärkung der Schulautonomie.</p> <p>Der Prozess in Richtung mehr Schulautonomie ist zu unterstützen und hat für uns einen hohen Stellenwert.</p> <p><i>(Unterstützt Ihre Partei eine breit angelegte, professionelle, externe Begleitung des Schulautonomie-Prozesses...)</i></p> <p>JA.</p> <p>Wir wollen Bildung für alle und mit der gemeinsamen Schule für alle 5 bis 15 Jährigen (mit einer starken inneren Differenzierung) aktiv gegensteuern. Außerdem fordern wir die flächendeckende Gesamtschule – auch dadurch können soziale Unterschiede ausgeglichen werden.</p>	<p>Die gelungenen Schulversuche sollen in den Regelbetrieb übergeführt werden und die Möglichkeit für neue Schulversuche geschaffen werden. Politisch vorgebaut kann hier leider nicht werden. Die Grünen sind ja derzeit nicht im Parlament und hoffen dies nach der kommenden Nationalratswahl zu sein.</p> <p>Die Frage der Schulautonomie muss aus Sicht der Grünen umfassend diskutiert und gesamthaft gelöst werden – unter Berücksichtigung unterschiedlichster Materien wie etwa auch dem Dienstrecht. Die Schulautonomie hat – unter Maßgabe bestimmter Parameter – für die Grünen einen hohen Stellenwert</p> <p><i>(Unterstützt Ihre Partei eine breit angelegte, professionelle, externe Begleitung des Schulautonomie-Prozesses...)</i></p> <p>Ja das unterstützen wir, aber hier muss sowohl die praktische wie auch die</p>	<p>Fortsetzung und umfassende Finanzierung des weiteren Schulautonomie-Prozesses unter Einbindung von ExpertInnen und PraktikerInnen.</p> <p>Hoher Stellenwert; uns fehlt aber bisher die politische Ernsthaftigkeit dieses Vorhabens.</p> <p><i>(... breit angelegte, professionelle, externe Begleitung des Schulautonomie-Prozesses...)</i></p> <p>JA.</p> <p><i>(...aktiv gegensteuern durch...)</i></p> <p>Flächendeckende Einführung der Gesamtschule für die Pflichtschule (inkl. Abschaffung polytechnische Lehrgänge), um einerseits das allg. Bildungsniveau zu erhöhen und andererseits für Chancengleichheit (unabhängig vom sozialen Hintergrund der Familien) zu sorgen. 2. Ausbau von Ganztagschulen:</p>

	<p>Im Rahmen der Schulautonomie haben SchulleiterInnen größere Flexibilität zur Gestaltung von Schwerpunkten und der Zusammensetzung des Lehrkörpers erhalten. Der Direktor/die Direktorin hat die Dienststellenleitung und daher die Möglichkeit, sich das bestgeeignetste Team für den jeweiligen Schulstandort und das zugrunde liegende pädagogische Konzept zusammenzustellen. Finanzielle Leistungsanreize, nach Kriterien gestaltet wie beispielsweise die Anstellung an einer Schule mit besonderen Herausforderungen, sind ein nächster Schritt. Die SPÖ hat sich in der Vergangenheit immer für die gemeinsame Schule ausgesprochen. Die frühe Bildungswegentscheidung wird sowohl von der nationalen Bildungsforschung als auch in internationalen Studien regelmäßig kritisiert, da Österreich eines der wenigen Länder ist, in dem diese frühe Segregation erfolgt. Das setzt LehrerInnen, Eltern und Kinder unter unnötigen Druck. Die Sozialdemokratie bekennt sich daher weiterhin zur gemeinsamen Schule in der Primarstufe und Sekundarstufe I, die alle Kinder zwischen 6 und 14 Jahren besuchen. Erste Schritte dazu wurden mit der Einrichtung von Modellregionen geschaffen.</p>		<p>Mitsprachemöglichkeiten der direkt Betroffenen bei politischen Entscheidungsprozessen.</p> <p>Echte finanzielle Autonomie bringt die „freie Schulwahl ohne Schulgeld“. Privatschulen erhalten die gleiche Finanzierung wie öffentliche Schulen. Sie müssen sich dafür auf Gemeinnützigkeit verpflichten und dürfen kein zusätzliches Schulgeld verlangen. Jeder Schulstandort bekommt sein eigenes Budget. Die Umsetzung erfolgt über eine Pro-Kopf-Finanzierung. Die Zusammensetzung der SchülerInnenpopulation (Indexbasierte Mittelverteilung) und der Standort der Schule sollen in die Finanzierung einfließen. Damit fördern wir die gelingende soziale Durchmischung und stärken Schulstandorte in sehr peripheren Lagen.</p>		<p>theoretisch-konzeptionelle Seite berücksichtigt werden. Wesentlich dabei ist, dass es nicht zu Einzellösungen kommt sondern eine gesamthafte konzeptive Entwicklung gegeben ist.</p> <p>Ja wir würden aktiv gegensteuern, insbesondere durch stärkere gesamthafte Autonomie, die sich nicht nur auf einzelne Schulstandorte bezieht, durch die Einführung von verschränkten Ganztagschulen und der gemeinsamen Schule der 6/10 bis 14-Jährigen.</p>	<p>Eltern und SchülerInnen sollen sich für den Besuch von Ganztagschulen entscheiden können, wodurch auf der einen Seite das Angebot für SchülerInnen in der Weiterbildung verbessert und gegebenenfalls auf den Ausgleich von Lernschwächen fokussiert werden kann. Auf der anderen Seite wird für berufstätige Eltern die Möglichkeit der ganztägigen Betreuung ihrer Kinder unkompliziert und kostenlos realisiert.</p>
--	--	--	---	--	--	--

Alternative Beurteilungsformen: Wiederherstellung der autonomen Entscheidungsmöglichkeit durch die Schulpartner*innen zumindest bis zum Ende der 3. Schulstufe?

Wird sich Ihre Partei, wenn Sie nach der Wahl in Regierungsverantwortung kommen sollte, dafür einsetzen, dass die von der Vorgänger-Regierung drastisch reduzierten (nämlich nur noch bis maximal Mitte der 2.Schulstufe möglichen) alternativen Beurteilungsformen im Volksschul- und Sonderpädagogischen Bereich raschestmöglich wieder erlaubt sind?

ÖVP	SPÖ	FPÖ	NEOS	JETZT	GRÜNE	WANDEL
Gerade bei der Beurteilung des Lernfortschritts von Schülerinnen und Schülern geht es um Fairness und Vergleichbarkeit. Das alte System der alternativen Leistungsbeurteilung hat das nicht mehr gewährleistet. Deswegen wurden Korrekturen vorgenommen. Und zu einer fairen Beurteilung gehören auch Noten, die auf Basis klarer, nachvollziehbarer Kriterien vergeben werden. Im Rahmen der neuen Vorgaben werden der Benotung durch Ziffern standardisiert schriftliche Beurteilungen beigelegt. Außerdem können jene Schulen, die sich dafür entscheiden, auch weiterhin in der ersten Schulstufe und dem ersten Semester der zweiten Klasse eine schriftliche Beurteilung anstelle von Noten vornehmen. Mit dieser Kombination als Leistungsfeststellungen ist aus unserer Sicht eine gute Lösung gefunden worden.	Wir haben das unter türkisblau beschlossene Pädagogikpaket immer scharf kritisiert. Für uns ist daher nur logisch, sollten wir in Regierungsverantwortung sein, dass wir die rückschrittliche Pädagogik zurückdrehen und den Schulstandorten wieder die Autonomie zurückgeben, alternative Beurteilungsmöglichkeiten (ohne Verpflichtung für Ziffernnoten) einzuführen.	Das von FPÖ/ÖVP eingeführte System mit Note und alternativer Beurteilung ist die umfassendere Variante und bereitet die Kinder bestmöglich auf zukünftige Herausforderungen vor. Einen Rückschritt lehnen wir ab.	Ja, das sollte im Rahmen der pädagogischen Autonomie am Standort entschieden werden.	JA.	Ja unbedingt und dies bis zur 4. Schulstufe.	JA

Sprachförderung: Weiter verpflichtend separat (mit aufwändigem zentralen Testapparat) – oder autonom vor Ort zu lösen?

Trotz schwerer Bedenken aus sprachwissenschaftlicher und pädagogischer Sicht wurden alle österreichischen Volks- und Mittelschulen mit großer behördlich-bürokratischer Vehemenz zur Einrichtung von Deutsch-Förderklassen verpflichtet. Für Schulen mit einem hohen Anteil von Kindern nicht-deutscher Muttersprache war und ist diese Verpflichtung mit einem enormen zusätzlichen Aufwand für die wiederkehrenden Tests, eine wesentlich kompliziertere Klassenbildung und für die Kinder selbst mit vielen Irritationen verbunden. Traut Ihre Partei den Volksschulleiter*innen und den pädagogischen Kollegien zu, an jedem einzelnen Standort eine gute, flexible, passende, autonom gestaltete Lösung zu erarbeiten und zu finden, um einen gemeinsamen und dennoch differenzierten Lernalltag (in kleineren Lerngruppen, vorübergehenden Kursen, altersgemischten Gruppen usw.) sicherzustellen?

ÖVP	SPÖ	FPÖ	NEOS	JETZT	GRÜNE	WANDEL
<p>Wir haben vor allem an Wiener Schulen das große Problem, dass viele Schülerinnen und Schüler über kaum bzw. keine Deutschkenntnisse verfügen. Die Volkspartei hat darauf reagiert und die Deutschförderklassen eingeführt. Durch die gezielte Förderung werden Schülerinnen und Schüler in der Sprache fit gemacht, damit sie rasch in ihre Regelklasse wechseln können. Mit dem standardisierten Testinstrument ist es zum ersten Mal gelungen die Deutschkenntnisse österreichweit einheitlich festzustellen und wichtige Entscheidungen am Schulstandort zu treffen. Bereits nach einem Jahr ist der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die eine Deutschförderklasse besuchen müssen um über 35 % gesunken.</p>	<p>Zahlreiche WissenschaftlerInnen – von EntwicklungspsychologInnen bis SprachwissenschaftlerInnen – haben davor gewarnt, Kinder aus dem Klassenverband zu nehmen und zu segregieren. Die enttäuschenden Ergebnisse der Deutschklassen bestätigten die Kritik der SPÖ und ExpertInnen. Es braucht daher mehr Autonomie für die LehrerInnen, wie sie die Sprachförderung am Standort gestalten und die Schulen brauchen hierfür ausreichend Ressourcen. Die Kürzungen des Integrationstopfes – u.a. wurden 450 SprachpädagogInnen gestrichen – müssen wieder zurückgenommen werden.</p> <p>2016 wurden Sprachstartgruppen und integrative Sprachförderung eingeführt. Türkis-Blau hat diese Maßnahmen gestrichen – ebenso wie die geplante Evaluierung. Man hat der Sache keine Zeit gegeben und so konnten auch die Effekte nicht untersucht werden.</p>	<p>Die nun eingeführten standardisierten Tests sind ein Meilenstein im österreichischen Bildungssystem, die (neuen) Deutschförderklassen ein weiterer.</p>	<p>Ja, wir sehen in der aktuellen Regelung eine Bevormundung der Lehrer_innen. Wir fordern, dass es zumindest die Möglichkeit geben sollte, autonom am Standort zu entscheiden, ob eine Deutschklasse eröffnet werden soll oder nicht.</p>	<p>JA, das trauen wir unseren Pädagog*innen am jeweiligen Schulstandort zu.</p> <p>Wir waren von Beginn an gegen separate Deutschklassen, da diese allen wissenschaftlichen Erkenntnissen widersprechen und weder die Motivation Deutsch zu lernen noch die Integration fördern.</p>	<p>Die Grünen sind für die sofortige Abschaffung der derzeit bestehenden Deutschförderklassen, diese führen nicht zu Integration sondern zur Segregation und sie führen wie auch erste Ergebniss zeigen auch nicht dazu, dass Kinder besser deutsch können – wie auch. Es völlig in die Autonomie am Standort zu geben erscheint aus unserer Sicht nicht zielführend, weil dies wiederum zur Einrichtung von Deutsch-Förderklassen führen könnte, das heißt es braucht einen Rahmen der klarstellt was erlaubt ist und dann kann am Standort entwickelt werden.</p>	<p>Wir unterstützen lokale, flexible und passend gestaltete Lösungen; allerdings muss auch jede Schule nachweisen, dass sie tatsächlich Maßnahmen setzt. Sog. "Ausländerklassen" lehnen wir ab, da sie nachweislich schlechter funktionieren und soziale Segregation erzeugen.</p>

Woran sollte sich die Grundkonstruktion des österreichischen Schulsystems orientieren: Alle Schüler*innen mit ähnlichem Leistungsniveau über einen Leisten schlagen ODER inklusive Lerngruppen mit hoher innerer Differenzierung ermöglichen?

Das österreichische Schulsystem geht traditionell von der Prämisse aus, dass Schüler*innen am besten lernen, wenn sie auf einem möglichst ähnlichen Leistungsniveau stehen. Dem entspricht die traditionelle Schulorganisation nach Jahrgangsklassen, Leistungsgruppen, Sonderschulen, streng voneinander abgegrenzten Unterrichtsfächern in 50-Minuten-Blöcken (ab der Sekundarstufe I) und die flächendeckende Aufteilung der Schüler*innen ab der 5. Schulstufe in Mittelschüler*innen und Gymnasiast*innen.

Ist diese Art der Schulorganisation aus der Sicht Ihrer Partei geeignet, um unserer heranwachsenden Generation ein zeitgemäßes Lernen (selbstverantwortlich, ganzheitlich, projektorientiert, interaktiv, interessenorientiert, das Selbstbewusstsein und die Fähigkeiten jedes einzelnen Kindes stärkend) anzubieten? Oder sehen Sie dazu Alternativen und wenn ja, welche?

ÖVP	SPÖ	FPÖ	NEOS	JETZT	GRÜNE	WANDEL
<p>Wir bekennen uns zum Erhalt und den Ausbau des bewährten differenzierten Schulsystems in Österreich. Denn jede Schülerin und jeder Schüler verfügt über unterschiedliche Talente und Begabungen, hat besondere Interessen und möglicherweise in gewissen Bereichen Förderbedarf. Ein Schulsystem muss diesen verschiedenen Anforderungen in seiner Struktur Rechnung tragen.</p> <p>So haben wir z.B. im Rahmen des Pädagogikpakets die Neue Mittelschule zu einer leistungsorientierten Schule weiterentwickelt, die die Schülerinnen und Schüler sowohl auf weiterführende Schulen als auch auf das Berufs-</p>	<p>Sozialdemokratische Bildungspolitik eröffnet jedem Menschen Chancen und Möglichkeiten der Entfaltung der eigenen Potentiale und Persönlichkeit. Das beginnt im Kindergarten, der ersten Bildungseinrichtung.</p> <p>Unser Ziel: „Die inklusive (!) Schule um die Ecke“, für Kinder und Jugendliche von 6 – 14 Jahren bietet ganztägige, verschränkte hochqualitative Betreuung an. Lernen, Üben, Freizeit und Einheiten für persönliche Schwerpunktsetzungen ab der 5. Schulstufe wechseln einander ab. Wichtig ist dabei, dass Primarstufe und Sekundarstufe pädagogisch und konzeptionell als eine Einheit gesehen werden.</p> <p>Somit entfällt die frühe Bildungswegentscheidung mit 10 Jahren. Der Druck, der in dieser Phase auf Kindern und Eltern lastet, ist Geschichte. Der familiäre Hintergrund der Eltern spielt bei der Schulwahl keine Rolle. Einzelne Bildungswege sind keine Sackgassen, sondern Möglichkeiten, die je nach individueller Entwicklung allen SchülerInnen offenstehen.</p> <p>Moderner Unterricht soll in dieser Schule entlang von Themen gestaltet werden, die von Pädagoginnen und Pädagogen aus unterschiedlichen Fachrichtungen gemeinsam gedacht werden. Das bringt eine neue Form der Wissensvermittlung in den Schulalltag. Neue Lehr- und Lernformen prägen hier den Unterricht, Selbstreflexion von Lehrkräften und ein wertschätzender Umgang aller in den Schulen tätigen und lernenden Menschen ermöglicht ein Klima des Respekts und konstruktiver Feedback-Kultur.</p> <p>In unseren Konzept lassen Binnendifferenzierung und flexible Angebote entlang der Potentiale und Talente der Kinder und Jugendlichen kein Kind zurück. Neue Unterrichtsfächer wie beispielsweise Ethikunterricht, politische Bildung, zusätzliche Stunden an Berufsorientierung und schulautonome</p>	<p>Jede Schülerin und jeder Schüler in diesem Land verfügt über unterschiedliche Talente und Begabungen, hat besondere Interessen und möglicherweise in gewissen Bereichen Förder- und Aufholbedarf. Ein Schulsystem muss diesen differenzierten Anforderungen in seiner Struktur Rechnung tragen. Wir bekennen uns zum differenzierten Schulwesen und wollen die einzelnen Schultypen in ihrem Profil stärken. Ein wesentlicher Faktor dieses Schulsystems ist neben der AHS-Unterstufe die Neue Mittelschule (NMS), die wir durch Schwerpunktbildungen stärken und attraktivieren wollen. Wir wollen die Übertrittsmöglich-</p>	<p>Pädagogische Schulautonomie bedeutet, dass es entlang der Losung „Gemeinsames Ziel, vielfältige Wege“ einen einheitlichen (Qualitäts-) Rahmen für alle Schulen gibt, etwa in Form einer „Mittleren Reife“ am Ende der Schulpflicht. Sie definiert, was Jugendliche mit 15 können sollen. Innerhalb dieses Rahmens haben Schulen die Möglichkeit, eigene pädagogische und didaktische Wege zu gehen und praxistaugliche Antworten für die jeweiligen Herausforde-</p>	<p>Wir wollen inklusive Lerngruppen mit hoher innerer Differenzierung</p> <p>Wir fordern als Alternative die gemeinsame Schule der 5 bis 15 Jährigen mit starker innerer Differenzierung. Zusätzlich brauchen wir endlich eine umfassende Bildungsreform, durch welche der Fächerkanon – mit Fokus auf Kreativität, Innovation und kritischem Denken – neu bewertet wird und die Wissensvermittlung neu gestaltet wird. Kreativität,</p>	<p>Nein diese Schulorganisation ist nicht geeignet, ein zeitgemäßes Lernen anzubieten. In wenigen Schlagworten:</p> <p>Schule der 5/6 bis 14-jährigen, verschränkte Ganztagschulen, Bildungsübergänge und keine Zäsuren zwischen Kindergarten und Schule, zwischen Schulpflicht und Berufsentscheidungen, zwischen Matura und Studienbeginn; Projektunterricht der interdisziplinär und integrativ ist – damit einhergehend verän-</p>	<p>Wir stehen hinter verschiedensten alternativen Schul- und Lernformen. Österreich hat hier politisch den Anschluss an führende Bildungsnationen verloren. Wichtig ist uns, dass jede Bildungseinrichtung für alle offen steht, gleiche Grundstandards gelten und es niederschwellige, transparente Infor-</p>

<p>leben vorbereitet. Ab der sechsten Schulstufe werden in den leistungsdifferenzierten Pflichtgegenständen Deutsch, Mathematik und Erste lebende Fremdsprache zwei Leistungsniveaus ("Standard" und "Standard AHS") mit zwei entsprechenden fünfteiligen Beurteilungsskalen eingeführt. Schulautonom können dauerhafte Gruppen nach den zwei Leistungsniveaus eingerichtet werden, um Schüler gezielt nach den Leistungsniveaus „Standard“ und „Standard AMS“ unterrichten zu können.</p>	<p>Schwerpunkte sind nur einzelne Maßnahmen, die Schülerinnen und Schüler bei der Entfaltung ihrer persönlichen Entwicklung unterstützen. Der Erwerb von überfachlichen Kompetenzen erhält mehr Raum und Zeit im schulischen Alltag. Die Schule erreicht wie keine andere öffentliche Institution Menschen aller gesellschaftlicher Schichten. Einem erfolgreichem Bildungssystem muss es gelingen allen Kindern – ohne Einschränkungen auf Grund ihrer Herkunft, Geschlecht, Erstsprache, ethnischen Zugehörigkeit usw. - die Entfaltung der eigenen Potentiale zu ermöglichen. Dadurch werden die Bildungseinrichtungen die Garanten für das individuelle Lebensglück und zum Integrationsmotor für eine offene, demokratische Gesellschaft, in der durch die Anerkennung von Mehrsprachigkeit, Diversität und damit einhergehender Werteerziehung die Menschen in gegenseitiger Anerkennung und Respekt miteinander leben. Ein modernes Unterstützungssystem aus PsychologInnen, BeratungslehrerInnen und SozialarbeiterInnen entlasten die PädagogInnen durch gezielte Prävention und Krisenintervention. So können Probleme aus dem Umfeld frühzeitig erkannt und negative Folgen für den Schulerfolg verhindert werden. Ausreichende Ressourcen müssen dafür zur Verfügung gestellt werden.</p>	<p>keiten zwischen den einzelnen Schultypen optimieren und sicherstellen, dass jede Schülerin und jeder Schüler die für sie bzw. ihn geeignete Bildungs- und Berufslaufbahn einschlagen kann.</p>	<p>rungen zu finden.</p>	<p>Lösungsorientiertheit und soziale Kompetenzen sollten als fächerübergreifende Leitprinzipien der Bildung verstanden werden.</p>	<p>derte Pädagog_innenbildung die sich nicht ausschließlich an Fächern orientiert.</p>	<p>mationen über das gesamte Bildungsangebot gibt.</p>
--	--	---	--------------------------	--	--	--

Wie kann Medienbildung nachhaltig gestärkt werden?

Wie werden Sie Medienbildung im außerschulischen Bereich fördern?

Wie werden Sie Bürgermedien und öffentlich-rechtliche Medien stärken?

Wie werden Sie die Kooperation von Schulen mit Bürgermedien und öffentlich-rechtlichen Medien stärken?"

Befürworten Sie die Weiterentwicklung der verbindlichen Übung "Digitale Grundbildung" in der Sekundarstufe I zu einem Schulfach Medien?

Werden Sie eine qualifizierte Ausbildung von Lehrpersonen im Bereich der Medien, d.h. einen Schwerpunkt Medienpädagogik im Lehramtsstudium für die Sekundarstufe, unterstützen?

Welche Initiativen werden Sie im Bereich der schulischen digitalen Bildung setzen?

ÖVP	SPÖ	FPÖ	NEOS	JETZT	GRÜNE	WANDEL
<p>Mit dem neuen Schulfach „Digitale Grundbildung“ wird ein breites Spektrum von digitalen Kompetenzen vermittelt, aber auch die weitere Verbesserung digitaler Infrastruktur an Schulen ist zentral. Darüber hinaus spielt das Thema Medienbildung im Rahmen des „Masterplans Digitalisierung“ eine wichtige Rolle.</p>	<p>Im Rahmen des von Sonja Hammerschmid vorgestellten Konzepts zur Schule 4.0 lag ein wichtiger Schwerpunkt bei der digitalen Grundbildung. Die Vermittlung von digitalen Grundkenntnissen muss bereits in der Volksschule beginnen. Kinder kommen bereits sehr früh im Elternhaus mit digitalen Geräten in Kontakt. Der sinnvolle Umgang mit den sich bietenden Möglichkeiten will gelernt sein. In der Primarstufe geht es um die spielerische Vermittlung und den Umgang mit der Technik. Digitale Geräte werden fächerübergreifend in den Unterricht eingebunden.</p> <p>Ab der Sekundarstufe wird der Unterricht zu digitalen Grundkenntnissen intensiviert und verstärkt in den Unterricht implementiert, im Ausmaß von zumindest zwei bis vier Wochenstunden. Es erfolgt eine eigene Ausweisung der erlernten Kompetenzen im Jahreszeugnis. Einerseits geht es darum, Anwendersoftware von Standardprogrammen bedienen zu können, aber auch darum, Ideen und Kreativität in die Logik verschiedener Programmiersprachen einzubringen und übersetzen zu können.</p>	<p>Die FPÖ setzt sich für die Etablierung grundlegender Digital- und Medienkompetenzen in allen österreichischen Schulen ein. Medienbildung soll nicht etwa in Form eines eigenen Unterrichtsfaches stattfinden, sondern soll fächerübergreifend in den Unterricht einfließen.</p>	<p>Die Digitalisierung hat bereits auf allen Ebenen Einzug gehalten. Das Bildungssystem hält aber mit den rapiden Entwicklungen nicht mit. Es reicht also nicht nur, Schulbücher durch Tablets zu ersetzen - das darf nur ein erster Schritt für einen umfassenden Prozess sein. Kinder müssen schon ab der Volksschule lernen, wie sie neue Medien sowohl technisch, als auch inhaltlich nutzen. Sowohl Schüler_innen als auch Lehrende müssen die nötige Digitale Kompetenz besitzen, um die Chancen der Digitalisierung zu nutzen, aber auch in der nötigen Tiefe zu durchdringen. Dazu gehört nicht nur die technische, sondern auch die inhaltliche Kompetenz, Medien zu nutzen. Der kritische Umgang mit Technologie und Information ist ein wichtiges Rüstzeug für die Informationsgesellschaft. Dafür müssen wir den gesamten Fächerkanon neu denken: Themen wie Fake News, Cybermobbing, der Umgang mit sozialen Medien, und Programmieren müssen Eingang in den Schulunterricht finden. Die Anpassung der Ausstattung der Schulen ist für die Digitalisierung nur eine notwendige Voraussetzung. Die pädagogische Sinnhaftigkeit von innovativen Lernmethoden und das Vermitteln von redaktionellen Kompetenzen muss jederzeit im</p>	<p><i>(Befürworten Sie die Weiterentwicklung der verbindlichen Übung "Digitale Grundbildung" in der Sekundarstufe I zu einem Schulfach Medien?)</i> JA <i>(Werden Sie eine qualifizierte Ausbildung von Lehrpersonen im Bereich der Medien, d.h. einen Schwerpunkt Medienpädagogik im Lehramtsstudium für die Sekundarstufe, unterstützen?)</i> JA</p> <p>Digitale Bildung muss stärker in die Lehre einfließen. Neue Informationstechnologien verstehen wir als Medium und Werkzeug um kreative Ge-</p>	<p>Zweck eines öffentlich-rechtlichen ORF ist eine unabhängige Berichterstattung und qualitätsvolle Programmgestaltung mit heimischem „Public Value“.</p> <p>Spartenangebote wie ORF III, Ö1 und FM4 müssen dauerhaft erhalten und der rigorose Sparkurs bei Programmhalten und (insbesondere „freien“) Mitarbeiter*innen gestoppt werden. Bestrebungen zur Privatisierung von Teilen des ORF lehnen wir ab. Damit der ORF seinem Auftrag unbeeinflusst nachkommen kann, ist eine ausreichende und gesicherte Finanzierung im Wege einer sozial gestaffelten Haushaltsabgabe zu gewährleisten.</p> <p>Bürgermedien, so sie öffentlich-rechtliche Inhalte produzieren, sollen staatliche Förderungen erhalten (...Kooperation von Schulen mit Bürgermedien und öffentlich-rechtlichen Medien stärken?...)</p> <p>Diese Kooperationen müssen aus unserer Sicht von den</p>	<p>Öffentlich-rechtliche Medien: Österreich braucht einen starken und unabhängigen ORF.</p> <p>Unser Ziel ist, alle öffentlichen Institutionen in Österreich aus der direkten Einflussosphäre von Parteien zu befreien und die entsprechenden Entscheidungsgremien zu demokratisieren. Der ORF ist als öffentlich-rechtlicher Rundfunk ein zentrales Informationsmedium für unsere Demokratie. Deshalb schlagen wir vor, den ORF-Stiftungsrat abzuschaffen und durch einen reformierten Publikumsrat zu ersetzen. Zum anderen wollen wir die unabhängige Arbeit der JournalistInnen massiv stärken. So sollen sie im journalistischen Bereich im Redakteursrat be-</p>

	<p>Medienbildung ist hier ein integrierter Schwerpunkt, der im Rahmen der digitalen Grundbildung vermittelt wird. Zudem braucht es natürlich – wie bei Schule 4.0 ausgeführt – die verstärkte Aus- und Weiterbildung der PädagogInnen und infrastrukturelle Maßnahmen, um digitale und Medienkompetenzen qualitativ voll vermitteln zu können. Dazu gehört auch die Ausstattung der Schulen mit Breitband, WLAN und Tablets / Laptops für alle Schülerinnen und Schüler und PädagogInnen.</p>		<p>Vordergrund stehen. Dafür braucht es ganzheitliche Konzepte für die Lehre der Zukunft.</p> <p>NEOS fordern:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Vermittlung der nötigen digitalen Kompetenz für Schüler_innen und Lehrende. • Kenntnisse im IT-Bereich und ein Basiswissen im Programmieren für alle Schüler_innen. Denn nur ein tieferes Verständnis der Materie bereitet unseren Nachwuchs auf die Herausforderungen der Zukunft vor. • Freien Zugang (Stichwort Open Access) zu den Lehrinhalten. Damit wird das staatliche Bildungsangebot einem viel breiteren Publikum zugänglich gemacht. Bildungseinrichtungen sollen Inhalte kostenfrei online stellen, um den Zugang zu Wissen allen interessierten Bürger_innen zu ermöglichen. <p>Wir fordern zudem einen Fokus auf Medienkompetenz in diversen Testungen, Bildungsstandards sowie der Zentralmatura. Unsere Schüler_innen müssen lernen, sich eine sachkundige eigene Meinung aus der Flut an jederzeit abrufbaren Informationen zu bilden. Dementsprechend sollen auch in Prüfungen künftig moderne Konzepte wie „Open Book Tests“ oder internetfähige Geräte zum Einsatz kommen dürfen</p>	<p>danken umzusetzen. Zusätzlich ist es wichtig, dass bereits in der Grundstufe ein Verständnis für Programmierung vermittelt wird. Wir setzen uns daher dafür ein, dass in den Schulen dieses Wissen erlernt wird. Bei Digital Natives wird der Umgang mit Smartphone und Computer oft mit dem Wissen über Hintergrundfunktionen verwechselt. Hier müssen wir dringend mehr in Bildung investieren.</p>	<p>Institutionen selber initiiert und durchgeführt werden, die Rahmenbedingungen sind gegeben.</p> <p>Wir sind sehr skeptisch gegenüber Einführung neuer (Schul) Fächer, da es grundsätzlich darum geht, zu hinterfragen (siehe oben), inwiefern die Aufteilung in Fächer noch einem zeitgemäßen Unterricht entspricht.</p> <p>Ja das werden wir unterstützen, es liegt aber in der Autonomie der Universitäten dies in die Studienpläne zu integrieren. Was die Integration der schulischen digitalen Bildung betrifft so ist diese generell – und dafür braucht es erhebliche Mittel – in den Unterricht zu integrieren. Der derzeit vorliegende "Masterplan für die Digitalisierung im Bildungswesen" greift aus unserer Sicht zu kurz und muss jedenfalls insbesondere was den pädagogisch-didaktischen Bereich betrifft grundlegend verbessert werden</p>	<p>stimmen und auch den Generaldirektor wählen.</p> <p>Medienpädagogik: Wir müssen als Gesellschaft erst noch lernen, mit der digitalen Informationsflut umzugehen, Wesentliches herauszufiltern und zu bewerten. Deshalb sollte Medienkompetenz genau wie politische Bildung in den Schulen und durch Medien gefördert werden.</p>
--	---	--	--	--	--	---

Wie können Expert*innen (Fachleute, Handwerker*innen, Künstler*innen) konkret an die Schulen geholt werden?

Welche konkrete Unterstützung (Dienstposten, autonomes Budget, Assistenz bei Kurzzeitverträgen) sollen Schulen erhalten, um Expert*innen (aus dem Berufsleben, aus Kunst, Kultur, Wirtschaft) für bestimmte Projekte oder dauerhaft in ihr pädagogisches Team einbauen zu können? Welche Möglichkeiten würden Sie für Quereinsteiger*innen bezüglich Ausbildung und Dienstrecht eröffnen?

ÖVP	SPÖ	FPÖ	NEOS	JETZT	GRÜNE	WAN-DEL
<p>Schulen haben die Möglichkeiten ergänzend zu den Inhalten im Schulunterricht wertvolle Informationen von ExpertInnen zu bekommen, indem sie diese an den Schulstandort einladen bzw. entsprechende Exkursionen unternehmen. Dadurch bekommen die Schülerinnen und Schüler einen besseren Einblick in unterschiedliche Themen und verstehen, dass sie tatsächlich nicht für die Schule, sondern fürs Leben lernen.</p> <p>Darüber hinaus ist es unser Ziel, dass Pädagogin oder Pädagoge zu werden einer der beliebtesten und vielversprechendsten Berufswege für junge Menschen ist – idealerweise für ein Berufsleben lang, aber auch für eine bestimmte Zeit am Anfang der Karriere oder zu einem späteren Zeitpunkt. So können z.B. auch Quereinsteiger aus der Praxis an die Schulen geholt werden.</p>	<p>Der PädagogInnenberuf muss auch für QuereinsteigerInnen, besonders anderer sozialer und pädagogischer Professionen, attraktive und qualitätsvolle Perspektiven eröffnen. Hierfür wurden unter Bundesministerin Hammer Schmid erste gesetzliche Regelungen getroffen, die es gilt wirken zu lassen und anschließend zu evaluieren, ob weitere Schritte notwendig sind. Diese sollten vor allem erfolgreiche Projekte wie Teach4Austria unterstützen. Zudem können natürlich immer in Projektarbeiten außerschulische Themen der Gemeinde /Wirtschaft bearbeitet und ExpertInnen zugezogen werden.</p>	<p>In erster Linie sind für die Bildungsvermittlung unsere gut ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrer zuständig. Externe können bereits jetzt beigezogen werden. Eine Ausweitung ist nicht notwendig.</p>	<p>Im Zentrum gelingender Schule und gelingenden Unterrichts steht ein wertschätzender, vertrauens- und zugleich anspruchsvoller Blick auf die Rolle der Lehrpersonen. Sie sind die „Bildungsexpert_innen der Praxis“, die eigenverantwortlich pädagogische Entscheidungen treffen sollen und müssen. Lehrer_innen werden aber in der Ausübung ihres Berufes umfassend und detailreich reglementiert, bürokratisiert und mitunter parteipolitisch gegängelt. Wir brauchen ein differenzierteres Berufsbild und mehr Freiheit und Verantwortung für den Lehrer_innenberuf.</p> <p>Um die bestmöglichen Experten aus der Praxis für die Schule zu gewinnen, bedarf es auch eines flexibleren Gehaltssystems, welches sich an den branchenüblichen Gehaltsniveaus orientieren kann. In Zusammenarbeit mit dem AMS sollen auch Wege geöffnet werden, aus dem Lehrer_innenberuf in andere Berufe umzusteigen. Berufliche Veränderung darf nicht als Scheitern verstanden werden und der Eintritt in den Lehrer_innenberuf nicht als Einbahnstraße. Es braucht natürlich ausreichend Supportpersonal an den Schulen, damit Lehrer_innen für ihre Kernaufgaben freigespielt werden.</p> <p>Das Lehrerdienstrecht ist zudem aus unserer Sicht weder zeitgemäß noch funktional. NEOS steht hier für die Einführung eines bundesweiten Rahmenkollektivvertrages für alle Mitarbeiter_innen (nicht nur Lehrer_innen) an den Schulen.</p>	<p>Wir schlagen eine pädagogische Zusatzausbildung sowie Änderungen im Dienstrecht sowie in der Anrechenbarkeit von Vordienstzeiten vor, wenn Quereinsteiger*innen dauerhaft an Schulen lehren wollen. Für projektbasierte Arbeit ist die Möglichkeit zur Beiziehung von Expert*innen ja bereits vorhanden.</p>	<p>Zunächst, Pädagog*innen sind auch Expert*innen. Die von Ihnen angesprochenen Gruppen sollten projektbezogen integriert werden. Beispielhaft sei hier folgendes Projekt aus dem Bereich Kunst genannt: Seit 2016 gibt es das MellowYellowTeam mit seinem Pilotprojekt, das seit 2018 mit Dance out of Line (DOOL) auch EU weit vernetzt arbeitet. In nur wenigen Projekttagen bewegen professionelle Künstler_innen Teams die Perspektiven von Schüler_innen, Pädagog_innen und Eltern mit erfahrungsgemäß und belegbarer nachhaltiger Wirkung. Diese Teams setzen sich aus erfahrenen Performer_innen des zeitgenössischen Tanzes zusammen und sind „mixed-abled“, d.h. eine/r der Künstler_innen hat eine Behinderung. Es geht darum Diversität in der Gesellschaft zu vermitteln. Leider stehen hier nicht ausreichend Mittel zur Verfügung und so ein Projekt wäre österreichweit zu finanzieren.</p> <p>Quereinsteiger*innen müssen aus unserer Sicht jedenfalls eine pädagogisch/didaktische Ausbildung absolvieren – mittlerweile gibt es – zwar zu wenige - Angebote für Quereinsteigerstudien. Was das Dienstrecht betrifft braucht es aus unserer Sicht eine generelle Novellierung des Lehrer*innendienstrechts wo auch die Frage der Quereinsteiger*innen Berücksichtigung finden muss.</p>	<p>---</p>

Wo sollte eine wirklich unabhängige und weisungsfreie Schulombudsstelle angegliedert sein?

Die bestehende Ombudsstelle für Wertefragen und Kulturkonflikte beim Bildungsministerium kann von ihrer Aufgabenstellung, von der Ressourcenausstattung und von der institutionellen Verankerung her den realen Bedarf nach professioneller mediatorischer Konfliktbegleitung nicht abdecken.

Wie stehen Sie bzw. Ihre Partei zur Forderung nach Einrichtung unabhängiger und weisungsfreier Schulombudsstellen im Rahmen der Volksanwaltschaft oder im Rahmen der Kinder- und Jugendanwaltschaften (wie in Wien)?

ÖVP	SPÖ	FPÖ	NEOS	JETZT	GRÜNE	WAN-DEL
<p>Eine unabhängige Schulombudsstelle, die sich mit allen Fragen rund um Schule auseinandersetzt, soll beim Bildungsministerium eingerichtet sein, da dieses die Anliegen rasch aufgreifen und entsprechende Schritte setzen kann.</p>	<p>Analog zur Ombudsstelle für Studierende oder der Behindertenanwaltschaft kann eine unabhängige, weisungsfreie Ombudsstelle direkt beim zuständigen Regierungsmitglied eingerichtet werden. Voraussetzung ist allerdings die entsprechende gesetzliche Verankerung und detaillierte Definition der Aufgaben. Die bestehende Ombudsstelle für Wertefragen und Kulturkonflikte wurde ohne gesetzliche Grundlage auf Wunsch des Bildungsministers eingerichtet, ist nicht weisungsfrei und in der Pädagogischen Sektion des BMBWF angesiedelt.</p> <p>Den Bundesländern steht es frei, Ombudsstellen zu bestimmten Schwerpunkten einzurichten. Auch im Bereich der Behindertenanwaltschaft und anderer Bereiche existieren analoge Einrichtungen der Länder. Eine Ombudsstelle für Schulen des Bundes muss systemisch auf der Bundesebene angesiedelt sein. Die Volksanwaltschaft hat u.a. den Bildungsschwerpunkt (Kindergarten, Schule, tertiärer Sektor), eine Ombudsstelle für Schulen sollte deshalb beim Bildungsressort eingerichtet werden, wie das ja auch das Bildungsdirektionen-Einrichtungsgesetz im §5 Abs.7 vorschreibt.</p>	<p>Eine Schulombudsstelle sollte analog der Ombudsstelle für Studierende eingerichtet werden. Eine langjährige Forderung der FPÖ, die beim Bildungspakte 2017 zumindest teilweise übernommen wurde – auf Intervention der FPÖ.</p>	<p>Wir unterstützen diese Forderung und teilen die Kritik.</p>	<p>Wir wollen eine weisungsfreie Schulombudsstelle im Rahmen der Volksanwaltschaft.</p>	<p>Ja das würden wir begrüßen, aber es ist fraglich, ob dies die richtige Stelle für professionelle mediatorische Konfliktbegleitung wäre. Dies müsste anders organisiert werden, denn Ombudsstellen haben dem Grunde nach andere Aufgaben als Mediation. Die Aufgabe von Ombudsstellen ist die Entgegennahme von Anregungen und Beschwerden (vielleicht auch Lob), eine Mediation wäre damit aus unserer Sicht eigentlich unvereinbar.</p>	<p>Wir unterstützen diese Forderung.</p>

Kann Sexualerziehung an den Schulen durch die Verbannung aller externen Gruppen verbessert werden?

Wird aus Ihrer bzw. aus Sicht Ihrer Partei der Erlass des Bildungsministeriums, jedwede externe Anbieter für sexualpädagogische Aufklärungsarbeit von den (öffentlichen) Schulen zu verbannen, zu einer Verstärkung dieses Lern- und Reflexionsbereiches an den Schulen führen oder es womöglich sogar noch mehr verkümmern lassen?

ÖVP	SPÖ	FPÖ	NEOS	JETZT	GRÜNE	WANDEL
Nicht zuletzt aufgrund der Diskussion um den Verein TeenSTAR wurde deutlich, dass eine Vielzahl an Vereinen in unseren Schulen sexualpädagogische Unterrichtseinheiten anbietet, ohne die hier für wichtige weltanschauliche Neutralität einzuhalten. Ein Sexualkundeunterricht in Schulen muss altersgerecht sowie in sachlicher Art und Weise erfolgen. Daher setzen wir uns für eine altersgerechte und weltanschaulich neutrale Sexualerziehung primär durch an der Schule wirkende Pädagoginnen und Pädagogen ein. Schulfremde Personen oder Vereine sollen nur dann mitwirken, wenn eine unabhängige externe Qualitätssicherung die weltanschauliche Neutralität und pädagogische Qualität der Tätigkeit sicherstellt.	Der besagte Erlass sollte umgehend zurückgenommen werden. Kinder sollten im Lebensraum Schule die Möglichkeit haben, sich ohne Tabus über Themen wie Sexualität, Verhütung, Schwangerschaftsabbruch etc. auszutauschen. Das geht oft mit „neutralen“ Personen von außen besser als mit der jeweiligen Lehrerin oder dem jeweiligen Lehrer. Im Sinne der Schulautonomie müsste es zumindest den einzelnen Standorten überlassen werden, ob sie Vereine beiziehen wollen oder nicht.	JA. Unsere Lehrerinnen und Lehrer sind dazu sicher geeignet.	Wir sind hier sehr klar und entschieden aufgetreten. Es ist absoluter Humbug und grob fahrlässig, als Folge der Causa TeenSTAR alle Expertinnen und Experten von den Schulen zu verbannen. Wir fordern hier aber ein besseres Ausbildungsangebot für Lehrende, Qualitätsstandards und -kontrollen von externen Vereinen. Ein gangbarer Weg wäre zudem die Akkreditierung durch das Ministerium.	Das hängt vom jeweiligen Schultyp und den lehrenden Pädagog*innen ab. Teilweise kann die Sexualerziehung durch die Verbannung der externen Anbieter verbessert werden, teilweise wird sich der Standard verschlechtern. Wir sind nicht grundsätzlich gegen externe Anbieter für sexualpädagogische Aufklärungsarbeit, die jeweiligen Anbieter müssen aber einer transparenten Prüfung durch Expert*innen standhalten.	DieGrünen unterstützen die Petition für professionelle Sexualpädagogik und würden den Erlass sofort zurückziehen	Wir sind dagegen, auf Grund von wenigen schwarzen Schafen alle externen Anbieter für sexualpädagogische Aufklärungsarbeit aus Schulen zu verbannen; allerdings braucht es offensichtlich einheitliche Qualitätsstandards sowie Überprüfungen für die Vereine, die an Schulen zugelassen werden.

Am 9.9.2019 per Mail versandt an:

ÖVP: email@oevp.at ; rudolf.taschner@parlament.gv.at SPÖ: spe@spe.at ; Sonja.Hammerschmid@spe.at FPÖ: bgst@fpoe.at ;
wendelin.moelzer@parlament.gv.at NEOS: kontakt@neos.eu ; douglas.hoyos@neos.eu; JETZT: office@partei.jetzt GRÜNE: dialogbuero@gruene.at
; sibylle.hamann@gruene.at KPÖ: bundesvorstand@kpoe.at WANDEL: kontakt@derwandel.at